Die Oberbürgermeisterin



Niederschrift Sitzung des Rates der Stadt Aachen

Sitzungstermin: Mittwoch, 09.10.2024

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr Sitzungsende: 19:20 Uhr

Raum, Ort: Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesenheitsliste

Anwesend

<u>Vorsitz</u>

Name Bemerkung

Sibylle Keupen

Gremienmitglieder

Name Bemerkung

Norbert Plum Hilde Scheidt

Dr. Margrethe Schmeer

Christoph Allemand

Harald Baal

Sebastian Becker

Ellen Begolli

Silke Bergs

Marc Beus

Peter Blum

Jörg Bogoczek

Gaby Breuer

Dr. Sebastian Breuer

Julia Brinner

Andrea Derichs

Hans Leo Deumens

Birdal Dolan

Mathias Dopatka

Elke Eschweiler

Achim Ferrari

Wilfried Fischer

Ulla Griepentrog

Wilhelm Helg

Johannes Hucke

Name **Bemerkung**

Klaus-Dieter Jacoby Hans Peter Kehr Holger Kiemes

Lars Lübben Iris Lürken Markus Mohr

Sigrid Moselage

Kaj Neumann **Daniela Parting**

Hermann Josef Pilgram

Carsten Schaadt

Karin Schmitt-Promny

Michael Servos

Jöran Stettner

Tobias Benedikt Tillmann

Peter Tillmanns Jakob von Thenen

Renate Wallraff

Monika Annette Wenzel

Dr. Heike Wolf

Tjark Zimmer Relindis Becker

Doris Kurschilgen

Dr. Julia Oidtmann

Dirk Szagunn

Schriftführung

Name **Bemerkung**

Britta Hommelsheim

Abwesend

Gremienmitglieder

Name Bemerkung Franca Braun entschuldigt Annika Fohn entschuldigt **Daniel Hecker** entschuldigt Nathalie Koentges entschuldigt Boris Linden entschuldigt **Tobias Molitor** entschuldigt Henning Nießen entschuldigt Wolfgang Palm entschuldigt Hildegard Pitz entschuldigt

ab 18:15 Uhr - TOP Ö13

Verwaltung:

Dez. II Stadtdirektorin Annekathrin Grehling Beigeordneter Heinrich Brötz Dez. IV Beigeordneter Dr. Markus Kremer Dez. V Beigeordneter Thomas Hissel Dez. VI Beigeordneter Heiko Thomas Dez. VII

Herr Cedrik Baum Fachbereich Finanzsteuerung Herr Armin Bergstein Fachbereich Sicherheit und Ordnung Herr Dirk Emmerich Fachbereich Rechnungsprüfung

Herr Pascal Jonek Dezernat II

Herr Christoph Kind Fachbereich Finanzsteuerung

Fachbereich Bürger*innendialog und Verwaltungsleitung Frau Christina Milussi

Herr André Schoel Fachbereich Finanzsteuerung

Dez. VI Herr Tobias Spölgen

Herr Dr. Kai Thomé Fachbereich Recht und Versicherung

Herr Marc Teuku DIE Zukunft-Fraktionsgeschäftsstelle

Gäste:

Keine

Tagesordnung Öffentlicher Teil

TOP 1	Betreff Eröffnung der Sitzung	Vorlage
2	Einführung eines neuen Ratsmitgliedes hier: Herr Noah Wagner (VOLT)	FB 01/0582/WP18
2.1	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt vom 26.06.2024 (öffentlicher Teil)	FB 01/0589/WP18
3	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
4	Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf den Straßen und in den Anlagen in der Stadt Aachen (Aachener Straßenverordnung) vom 19.03.2004 in der Fassung der Änderung vom 17.07.2019	FB 32/0061/WP18
5	Integriertes Konzept für Attraktivität und Sicherheit	FB 56/0529/WP18
6	Neufassung der Gebührenordnung der Stadtbibliothek Aachen	E 49.6/0051/WP18
7	Bericht über die Prüfung des Gesamtabschlusses 2020	FB 14/0252/WP18
8	Geprüfter Jahresabschluss 2021/2022 von Stadttheater und Musikdirektion Aachen per 31.07.2022	E 46/47/0101/WP18
9	Einrichtung von vier halben Stellen für Erzieher*innen im Bereich der Offenen Ganztagsschulen im Primarbereich in städtischer Trägerschaft (FB 45)	FB 11/0253/WP18
10	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Zusammenarbeit bei der Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Rettungsgesetz NRW zum Betrieb eines gemeinsamen Telenotarztsystems ("Telenotarzt West")	FB 37/0053/WP18
11	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Durchführung von gemeinsamen Beschaffungen im Rettungsdienst	FB 37/0055/WP18
12	Anpassung von Gesellschaftsverträgen an Änderungen der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Sammelbeschluss) Die Unterlagen werden nachgereicht.	FB 20/0306/WP18

TOP 13	Betreff Beschluss des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 27. Juni 2024; hier: TOP 4ö "Tagesordnungsantrag der Fraktion Die Linke 'Sachstandsbericht zur Bezahlkarte für Geflüchtete' vom 06. Juni 2024"	Vorlage FB 56/0511/WP18
14	Erlass einer Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht gem. § 25 BauGB im Stadtbezirk Aachen-Mitte für den Bereich zwischen Büchel, Kleinkölnstraße, Großkölnstraße und Mefferdatisstraße einschließlich Antoniusstraße	FB 61/1013/WP18
15	Erlass einer Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht gem. § 25 BauGB im Stadtbezirk Aachen-Mitte für die östliche Innenstadt	FB 61/1014/WP18
16	Beschluss über eine Veränderungssperre für das Grundstück Martelenberger Weg 8, Gemarkung Aachen, Flur 74, Flurstück 2242 im Stadtbezirk Aachen-Mitte	FB 61/1025/WP18
17	Sachstandsbericht Gemeinwohlökonomie	E 26/0208/WP18
18	Verlegung von Stolpersteinen – Projekt des Kölner Künstlers Gunter Demnig	E 42/0206/WP18
19	Benennung von Ratsmitgliedern zur Teilnahme an der 19. Konferenz der Ratsmitglieder beim Städtetag Nordrhein-Westfalen am 11.12.2024	FB 01/0577/WP18
20	Anfragen	
20.1	Ratsanfragen Die Unterlagen werden nachgereicht.	FB 01/0583/WP18
20.2	Stellungnahmen der Verwaltung zu Ratsanfragen Die Unterlagen werden nachgereicht.	FB 01/0584/WP18
21	Ratsanträge Die Unterlagen werden nachgereicht.	FB 01/0585/WP18
22	Umbesetzung in Ausschüssen und anderen Gremien	
22.1	Besetzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung - Wahl sachkundiger Einwohner*innen	FB 45/0630/WP18
22.2	Umbesetzungsantrag der SPD-Fraktion vom 07.10.2024	FB 01/0591/WP18
22.3	Umbesetzungsantrag der GRÜNE-Fraktion vom 07.10.2024	FB 01/0592/WP18

TOP 22.4	Betreff Umsetzungsantrag der Fraktion DIE Zukunft vom 09.10.2024	Vorlage FB 01/0593/WP18
23	Mitteilungen der Verwaltung	
Nichtöffentli	cher Teil	
TOP 1	Betreff Eröffnung der nichtöffentlichen Sitzung	Vorlage
2	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt vom 24.04.2024 (nichtöffentlicher Teil): Die Beratung wurde in den Sitzungen des Rates am 26.06.2024 und am 04.09.2024 vertagt.	FB 01/0561/WP18
2.1	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt vom 26.06.2024 (nichtöffentlicher Teil).	FB 01/0590/WP18
3	Bericht aus der Vertretung der Stadt in Unternehmen und Einrichtungen:	
4	Bürgschaftsangelegenheiten:	
5	Bestellung einer Prüferin/eines Prüfers für den Fachbereich Rechnungsprüfung (FB 14): Bestellung von Herrn Marcel Tamke zum Prüfer für den Fachbereich Rechnungsprüfung (FB 14) zum nächstmöglichen Zeitpunkt	FB 14/0255/WP18
6	STAWAG: Gründung der Infrastrukturgesellschaft Rösrath GmbH Die Unterlagen werden nachgereicht.	FB 20/0305/WP18
7	Regionetz GmbH: Beitritt der Regionetz zur smartOPTIMO GmbH & Co. KG Die Unterlagen werden nachgereicht.	FB 20/0309/WP18
8	regio iT: Gesellschaftsrechtliche Beteiligung der regio iT an der Telecomputer GmbH Die Unterlagen werden nachgereicht.	FB 20/0307/WP18
9	Grundstücksangelegenheiten:	
10	Personalangelegenheiten:	
10.1	Beförderung von Beamtinnen und Beamten im Rahmen des Stellenplanes 2024:	FB 11/0260/WP18
10.2	Einstellung/Versetzung und Bestellung der Leitung des Bezirksamtes Aachen-Laurensberg (BA5):	FB 11/0261/WP18

TOP 10.3	Betreff Bestellung zum Leiter des neu gegründeten Fachbereichs KiTa und Tagespflege (FB 54):	Vorlage FB 11/0259/WP18
10.4	Bestellung der Leitung des neu gegründeten Fachbereichs Jugend und Schule (FB 45):	FB 11/0262/WP18
	Die Unterlagen werden nachgereicht.	
11	Mitteilungen der Verwaltung:	
12	Trianel GmbH: Beschluss zur Umsetzung der Erleichterungen aus § 108 Abs. 1 Nr. 8 GO NRW (neue Fassung) durch das 3. NKF-Weiterentwicklungsgesetz Nordrhein-Westfalen für Tochter und Beteiigungsgesellschaften der Trinael GmbH (Sammelbeschluss) Die Unterlagen werden nachgereicht.	FB 20/0308/WP18

Protokoll Öffentlicher Teil

Zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Sie begrüßt eine Gruppe von Master-Studenten des Lehrstuhls für Planungstheorie und Stadtentwicklung der Fakultät für Architektur der RWTH Aachen, die heute der Ratssitzung beiwohnen wird.

Entschuldigt für heute seien Ratsfrau Fohn (CDU), Ratsherr Hecker (CDU), Ratsfrau Koentges (SPD), Ratsherr Linden (SPD), Ratsherr Molitor (Die PARTEI), Ratsherr Nießen (GRÜNE) Ratsherr Palm (AfD), Ratsfrau Pitz (CDU) sowie Beigeordnete Burgdorff. Ratsfrau Dr. Oidtmann (SPD) werde später kommen.

Als Stimmzähler*in sollen sich Ratsfrau Wallraff (SPD) und Ratsherr Tillmanns (CDU) bereithalten.

Hinsichtlich der Tagesordnung teilt Oberbürgermeisterin Keupen mit, dass der TOP 14 zum Vorkaufsrecht Büchel sowie TOP 15 zum Vorkaufsrecht östliche Innenstadt vertagt wird.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung ergeben sich nicht. Die Tagesordnung wird einstimmig mit den Änderungen angenommen.

Zu 2 Einführung eines neuen Ratsmitgliedes hier: Herr Noah Wagner (VOLT)

zur Kenntnis genommen FB 01/0582/WP18

Oberbürgermeisterin Keupen vepflichtet Ratsherrn Wagner (DIE Zukunft) zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung seiner Aufgaben und heißt ihn als ordentlich eingeführtes Ratsmitglied herzlich willkommen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

Zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt vom 26.06.2024 (öffentlicher Teil) ungeändert beschlossen FB 01/0589/WP18

Ratsherr Baal (CDU) führt aus, dass er in der Sitzung am 26.06.2024 von der Möglichkeit Gebrauch gemacht habe, am Ende der Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner eine persönliche Erklärung abzugeben. Hierzu verweist er auf einen redaktionellen Fehler in der Niederschrift, denn im letzten Satz müsse es heißen "In der Sitzung des Mobilitätsausschusses habe…". Hier müsste eine entsprechende Korrektur erfolgen.

Oberbürgermeisterin Keupen lässt sodann über die Niederschrift unter Berücksichtigung der vorgenannten Änderung abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 26.06.2024 (öffentlicher Teil).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 2 Enthaltungen

Zu 3 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Oberbürgermeisterin Keupen berichtet, dass eine schriftliche Frage durch die Eheleute P. zum Thema Photovoltaikanlagen eingegangen sei. Da beide Fragsteller heute nicht anwesend sind, sei davon auszugehen, dass keine Rückfragen zu der postalisch zugestellten Beantwortung bestehen.

Frau H. richtet ihre Frage an Ratsfrau Parting. Im August diesen Jahres sei das Bewohnerparken "U" in der Hohenstaufenallee eingeführt worden. Dies habe zur Folge, dass das Lehrpersonal des dort ansässigen Couven Gymnasiums zum Parken auf die untere Klemensstraße sowie den Park&Ride-Parkplatz am Hangeweiher ausweiche. Da die Parkstreifen in der Hohenstaufenallee tagsüber kaum besetzt seien, fragt sie, ob für das Lehrpersonal eine Ausnahmegenehmigung zum Abstellen ihrer Fahrzeuge für die Zeit von 7:30 -16:00 Uhr erteilt werden könne. Hierdurch könne die Parksituation am Hangeweiher deutlich entspannt werden. Sie bittet die Verwaltung um Prüfung dieser Angelegenheit.

Ratsfrau Parting (SPD) dankt für die Frage und teilt mit, dass nach ihrem Wissen keine Ausnahmegenehmigungen für Betriebe erteilt werden können und diese Regelung wahrscheinlich auch analog auf Schulen anzuwenden sei. Sie erkenne die Problematik und werde diese mit der Verwaltung sowie den Fachpolitikern besprechen und der Fragestellerin eine schriftliche Antwort zukommen lassen.

Zu 4 Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf den Straßen und in den Anlagen in der Stadt Aachen (Aachener Straßenverordnung) vom 19.03.2004 in der Fassung der Änderung vom 17.07.2019 ungeändert beschlossen FB 32/0061/WP18

Oberbürgermeisterin Keupen schlägt vor, dass TOP 4 und TOP 5 aufgrund des inhaltlichen Zusammenhanges gemeinsam debattiert werden. Dies berühre nicht die einzelnen Beschlussfassungen zu den beiden Tagesordnungspunkten. Da hiergegen keine Einwände bestehen, eröffnet sie sodann die Beratung.

Ratsfrau Brinner (GRÜNE) schildert, dass in der Stadt ein Problem bestehe, wenn die Menschen sich nicht sicher fühlen. Diesem Problem müsse man sich annehmen und sie freue sich, dass das integrierte Konzept für Attraktivität und Sicherheit erstellt worden sei, dem die GRÜNE-Fraktion gerne zustimmen werde. Dieses Konzept beinhalte zum einen viele gute Maßnahmen, um den obdachlosen Menschen entsprechende Unterstützung anzubieten. Besonders hervorheben möchte sie hier die Einrichtung von 3 neuen Stellen für Streetworker. Zum anderen sehe das Konzept auch verschiedene Maßnahmen vor, um den Einwohner*innen und Besucher*innen nicht nur ein Gefühl von Sicherheit zu vermitteln, sondern auch eine reelle Sicherheit zu wahren. Für die Ausarbeitung bedankt sie sich bei allen Mitwirkenden der Verwaltung. Die GRÜNE-Fraktion habe allerdings Schwierigkeiten mit dem Begriff "Attraktivität und Sicherheit", denn man sei davon überzeugt, dass Aachen bereits eine attraktive und überwiegend auch sichere Stadt sei. Weiterhin müsse betont werden, dass die Problematik ein soziales Thema zum Hintergrund habe. Den überwiegend psychisch kranken Menschen mit ihren persönlichen Schicksalen, müsse geholfen werden. So sei es wichtig, nicht nur zu sanktionieren, sondern auch zu unterstützen. Weiterhin möchte sie in den Fokus stellen, dass die Gesellschaft anerkennen müsse, dass es Armut gibt und man diese auch nicht komplett aus der Stadt heraus drängen könne. Auch vor dem Hintergrund, dass ein Menschenrecht auf Betteln bestehe, möchte man in Aachen weiterhin Orte schaffen, an denen es möglich ist, still zu betteln. Abschließend betont sie, dass das Konzept nur der Beginn eines Weges ist und die Maßnahmen einer ständigen Evaluation unterliegen müssen und entsprechende Beratungen in den Fachausschüssen erforderlich seien.

Ratsfrau Lürken (CDU) freut sich außerordentlich über die Vorlage, denn die CDU-Fraktion habe bereits seit dem Jahr 2021 mit verschiedenen Anträgen auf die Problematik hingewiesen. Sie dankt der Verwaltung für die Ausarbeitung des Konzeptes, welches sie aus drei Gründen befürworte. Zum einen nehme dieses Konzept die Menschen in den Blick, die krank sind und Hilfe benötigen. Hier biete die Stadt durch viele verschiedene Maßnahmen eine Hilfestellung an. Zum anderen benenne das Konzept auch die Probleme, die entstehen, wenn die Hilfsangebote nicht angenommen werden. Denn auch wenn die Stadt das Überleben der Menschen sichern könne, werde die Sucht im Bezug auf das Betteln immer als Problem bestehen. Weiterhin beinhalte das Konzept Lösungsvorschläge, wobei es nicht davon ausgeht, dass alle Probleme vollständig gelöst werden können und man stetig

nachjustieren müsse. Als problematisch sehe sie jedoch, dass das Konzept nur so gut sein könne, wie es Arbeitskräfte gebe, die es umsetzen. Es müsse dringend sichergestellt werden, dass man für die unbesetzten Stellen im Ordnungsamt geeignete Mitarbeiter*innen findet. Abschließend betont sie, dass sie es ausdrücklich begrüße, dass die Verwaltung die Problematik nicht alleine, sondern gemeinsam mit den Menschen in der Stadt angehen möchte. Sie bedankt sich auch beim Arbeitskreis Niedrigschwelligkeit in Aachen für ihr Angebot zur Unterstützung.

Ratsherr Servos (SPD) vertritt die Meinung, dass man das Konzept in einem größeren Kontext betrachten müsse und nicht nur als eine Reaktion auf aggressives Betteln. In der vorangegangenen Sitzung des Hauptausschusses habe man ebenfalls über die Aufwertung der Aachener Innenstadt gesprochen. Hierbei sei darauf hingewiesen worden, dass diese Aufgabenstellung bereits vor der letzten Kommunalwahl von allen Fraktionen thematisiert worden sei. Während der laufenden Legislaturperiode seien bereits viele kleine und große Projekte auf den Weg gebracht worden. Beispielhaft nennt er die neue Satzung für die Außengastronomie, das Konzept "Ladenliebe", die Verlagerung des Wochenmarktes, das Spielplatzkonzept, das Fokusjahr Adalbertstraße bis hin zum Haus der Neugier und dem Wohnquartier am Bushof. Die Stadt befinde sich in einer guten Entwicklung, allerdings habe das aggressive Betteln in der Innenstadt in den vergangenen Jahren, insbesondere auch durch die die Corona-Pandemie, zugenommen. Auch wenn dies als unangenehm empfunden werde, dürfe man nicht vergessen, dass diese Menschen krank sind und die verschiedenen Angebote in Aachen umso dringender weiterhin finanziert und unterstützt werden müssen. Denn die Stadt müsse für alle Menschen zugänglich und erlebbar sein und zwar mit einem subjektiven Sicherheitsgefühl für jeden einzelnen. Mit dem vorliegenden Konzept werde die Stadt Aachen nun aktiv und er freue sich über jede Institution, die hierbei mitwirken möchte. Abschließend bedankt er sich bei der Verwaltung für die schnelle und gute Vorbereitung.

Ratsherr Szagunn (DIE Zukunft) bekräftigt ebenfalls, dass in der Aachener Innenstadt ein Problem mit aggressivem Betteln bestehe. Die Fraktion DIE Zukunft lehne das vorliegende Konzept für Attraktivität und Sicherheit jedoch aus verschiedenen Gründen ab, werde sich aber gerne in die späteren Beschlussfassungen mit einbringen. Zum einen lege das Konzept den Fokus auf die Ordnungspolitik und verfehle somit die sozialpolitischen Ziele. So werden beispielsweise durch die Einrichtung von Bettelverbotszonen bestimmte Gruppen Menschen vollständig aus einzelnen Bereichen in der Stadt vertrieben. Man schaffe ein Umfeld, in dem keine Armut existiert. Aus gesellschaftlicher Sicht sei dies nicht akzeptabel und bedeute Verdrändung in doppelter Hinsicht. Die im Konzept genannten Maßnahmen, die auf die Fläche wirken, wie z.B. durch die Beschallung mit Musik und die Reduzierung des öffentlichen WLANs, würden keine Verbesserung der Räume durch Aufwertung herbeiführen. Stattdessen müsse man den Menschen Hilfsangebote unterbreiten. Die im Konzept vorgesehenen 2 neuen Stellen für Streetworker seien aus seiner Sicht allerdings nicht ausreichend. Die Forderungen der Fraktion DIE Zukunft gehen insgesamt betrachtet in eine andere Richtung. Um die betroffenen Personengruppen nachhaltig zu unterstützen und die Lebensqualität dieser Menschen zu verbessern, müsse man mehr sozialen Wohnraum schaffen, in die soziale Infrastruktur investieren, stärkere Kooperationen mit den sozialen Trägern und Initiativen eingehen und Projekte wie das Café Plattforum und Querbeet finanziell stärker unterstützen. In den vergangenen Haushaltsberatungen sei vereinbart worden, dass die Projekte unterjährig nachfinanziert werden, dies sei jedoch bis zum heutigen Zeitpunkt nicht geschehen.

Ratsherr Deumens (Die Linke) teilt mit, dass die Fraktion Die Linke dem Konzept zustimmen werde, auch wenn sie einzelnen Themen in der Ausarbeitung kritisch gegenüber stehe. Sie begrüße insbesondere die Einrichtung von Straßensozialarbeit im Fachbereich 56 als Ergänzung zum Streetwork von Caritas und WABE. Anders verhalte es sich bei der Änderung der Aachener Straßenverordnung, welche die Fraktion nach intensiver Beratung ablehnen werde. Insbesondere lehne man die einschränkenden Möglichkeiten zum Betteln in der Innenstadt aufgrund der 5-Meter-Regelung ab. Dies habe zur Folge, dass sich das Betteln in andere Bereiche der Stadt verlagere. Man müsse sich die grundsätzliche Frage nach einem Ort für die bettelnden Menschen stellen. Die Zunahme des aggressiven Bettelns und des Bettelns im Allgemeinen begründe sich u.a. in gesellschaftlichen Ursachen. Die Kommunalpolitik könne hierfür nur eingeschränkt Lösungen finden. Der Problematik alleine mit Ordnungspolitik gegenüber zu stehen stelle aus seiner Sicht jedoch keine Lösung dar. Stattdessen müsse man sich sozialfachlicher Mittel bedienen. In diesem Bereich werde in Aachen bereits vieles unternommen, er regt jedoch an, noch einmal über die Einrichtung eines Drogenkonsumraums nachzudenken. Ingesamt betrachtet könne das Konzept und die Änderung der Straßenverordnung als Zeichen der Hilfslosigkeit betrachtet werden. Abschließend dankt er der Verwaltung für die gute Vorbereitung.

Ratsherr Mohr (AfD) führt aus, dass die AfD-Ratsgruppe bereits vor dem Jahr 2021 durch Anträge und in den Haushaltsreden auf das Thema hingewiesen habe. Im Folgenden schildert er noch einmal die Problematik des aggressiven Bettelns in der Aachener Innenstadt. Die Verwaltung habe hierfür ein gutes und umfangreiches Konzept vorgelegt, mit dem der Problematik sozialpolitisch begegnet werde, z.B. durch die Einrichtung neuer Sozialarbeiter-Stellen. Auch die Gestaltung des öffentlichen Raumes finde Berücksichtigung. Besonders hervorheben möchte er die geplante Kommunikationskampagne, die Empfehlungen zum Umgang mit Betteln ausspreche. Aus diesem Grunde werde die AfD-Ratsgruppe dem Konzept zustimmen. Sie wünsche sich allerdings, dass das Thema "Szeneaussteiger" stärker mit eingebunden und die Städteregion Aachen stärker in die Pflicht genommen werde.

Ratsherr Helg (FDP) erklärt, dass die FDP-Fraktion sowohl dem Konzept als auch der Änderung der Aachener Straßenverordnung zustimmen werde. Aus ihrer Sicht werde hiermit eine, den aktuellen Bedürfnissen der Bürger*innen angepasste Rechtsgrundlage sowie ein Handlungsrahmen geschaffen, um der Problematik des aggressiven Bettelns gegenüber zu treten. Auch er spricht sich dafür aus, dass das Konzept regelmäßig evalutiert werden müsse.

Ratsherr Tillmanns (CDU) betont, dass die vorliegende Problematik den Stadtrat bereits seit vielen Jahren beschäftige, unabhängig von den politischen Mehrheitsverhältnissen. Im Folgenden nimmt er Bezug auf die Wortmeldung von Ratsherrn Szagunn und betont, dass auch die Fraktion DIE Zukunft die vollumfängliche Finanzierung des Projektes Querbeet in den vergangenen Haushaltsberatungen nicht mitgetragen habe. Er führt aus, dass das Konzept sowohl in der Obdachlosenhilfe als auch in der Suchthilfe ein vierstufiges Konzept sei, bei dem die ersten drei Stufen, die im Streetworking stattfinden, die Hilfestellung zum Thema haben. Doch wenn diese Hilfen nicht angenommen werden, sei es unausweichlich, ordnungsrechtlich tätig zu werden. Man müsse sich vor Augen führen, dass in der Stadt Aachen bereits ein gut aufgestelltes Hilfsangebot bestehe. Die Maßnahmen des Konzeptes kommen ergänzend hinzu und auch wenn dies alles keine vollständige Lösung darstelle, werde es aus seiner Sicht die Lebenssituation einiger Menschen in der Stadt verbessern.

Ratsherr Szagunn (DIE Zukunft) antwortet, dass im nächsten Jahr in der Haushaltsberatungen die Hilfsangebote mehr berücksichtigt werden müssen und kritisiert noch einmal, dass die Nachfinanzierung des Projektes Querbeet nicht erfolgt sei.

Ratsherr Schaadt (GRÜNE) vertritt die Auffassung, dass alle Menschen in einer großen Stadt wie Aachen zu ihrem Recht kommen müssen. So gehöre das Betteln in gewisser Weiser zu einer Stadt dazu, aber ebenso auch die Bedürfnisse aller anderen Menschen in dieser Stadt. Aus diesem Grund müsse man Zonen einrichten, in denen das Betteln verboten sei und eben kein durchgängiges Bettelverbot. Die GRÜNE-Fraktion dankt der Verwaltung für die Erstellung eines ganzheitlichen Konzeptes zu dieser komplexen Thematik. Aus seiner Sicht sei es schwierig, einzelne Maßnahmen aus diesem lebendigen Konzept zu kritisieren. Stattdessen solle man sich der Verantwortung stellen und der Arbeit der Verwaltung sowie den positiven Erfahrungen, die andere Städte bereits mit diversen Maßnahmen gemacht haben, sein Vertrauen entgegen bringen.

Ratsherr Servos (SPD) bezieht sich auf die Aussage von Ratsherrn Deumens, dass das geplante Handeln ein Zeugnis von Hilfslosigkeit gegenüber der gesellschaftlichen Veränderung darstelle. Man könne und wolle das Betteln nicht vollumfänglich verbieten. Stattdessen müsse man die Abwägung treffen, an welchem Punkt man restriktive Maßnahmen ergreife. Dies beinhalte jedoch auch, dass man parallel die Hilfsangebote weiter unterstützt und ausbaut und neue Ansätze erarbeitet, um Menschen in Notlagen auffangen zu können. Hierfür sei eine Zusammenarbeit mit den Trägern der karitativen Einrichtungen erforderlich. Alles dies beinhalte das vorliegende integrierte Konzept.

Beschluss:

Auf Vorschlag der Verwaltung und Empfehlung des Bürgerforums, des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie, der Bezirksvertretung Aachen-Mitte sowie des Hauptausschusses beschließt der Rat der Stadt den beiliegenden Entwurf der Verordnung zur Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf den Straßen und in den Anlagen in der Stadt Aachen (Aachener Straßenverordnung) vom 19.03.2004 als Ordnungsbehördliche Verordnung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich, 7 Gegenstimmen

Zu 5 Integriertes Konzept für Attraktivität und Sicherheit geändert beschlossen FB 56/0529/WP18

Es wird auf die Ausführungen zu TOP 4 verwiesen.

Oberbürgermeisterin Keupen verweist auf den geänderten Beschlusstext des Planungsausschusses. Hierbei werde unter Punkt 2 eine Präzisierung dahingehend vorgenommen, dass bei Maßnahmen, die die Zuständigkeit des Planungsausschusses betreffen, dem Planungsausschuss Beschlussvorschläge vorzulegen seien. Dies solle entsprechend in den Beschlusstext des Rates übernommen werden.

Beschluss:

- 1. Der Rat der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen zum Integrierten Konzept für Attraktivität und Sicherheit zustimmend zur Kenntnis.
- 2. Der Rat der Stadt Aachen beauftragt die Verwaltung, die Maßnahmenvorschläge auszuarbeiten und umzusetzen und bei Maßnahmen, die die Zuständigkeit des Planungsausschusses betreffen, dem Planungsausschuss Beschlussvorschläge vorzulegen.
- 3. Der Rat der Stadt Aachen beschließt unter dem Vorbehalt der unterjährigen haushalterischen Deckung die unterjährige Einrichtung einer koordinierenden Stelle für die aufsuchende Straßensozialarbeit im Fachbereich für Wohnen, Sozialen und Integration (FB 56).

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich, 4 Gegenstimmen

Zu 6 Neufassung der Gebührenordnung der Stadtbibliothek Aachen ungeändert beschlossen E 49.6/0051/WP18

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Neufassung der Gebührenordnung der Stadtbibliothek Aachen im Kulturbetrieb der Stadt Aachen zum 01.01.2025.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 7 Bericht über die Prüfung des Gesamtabschlusses 2020 ungeändert beschlossen FB 14/0252/WP18

Ratsfrau Begolli (Die Linke) teilt im Namen des Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses mit, dass der Fachausschuss dem Rat einstimmig die Feststellung des Gesamtabschlusses 2020 empfehle.

Beschluss:

 Der Rat nimmt das Ergebnis der Prüfung des Gesamtabschlusses der Stadt Aachen zum 31.12.2020 durch den Rechnungsprüfungsausschuss zur Kenntnis und schließt sich dem Beschluss des Rechnungsprüfungsausschuss an. 2. Der Rat der Stadt stellt den Gesamtabschluss der Stadt Aachen gemäß § 116 Abs. 9 GO NRW i.V.m. § 96 Abs. 1 GO NRW mit einer Bilanzsumme von 4.151.738.745,69 € und einem Gesamtjahresfehlbetrag in Höhe von -6.185.444.73 € fest.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 8 Geprüfter Jahresabschluss 2021/2022 von Stadttheater und Musikdirektion Aachen per 31.07.2022 ungeändert beschlossen E 46/47/0101/WP18

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen stellt den geprüften Jahresabschluss 2021/2022 von Stadttheater und Musikdirektion Aachen per 31.07.2022 fest, nimmt den Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2021/2022 zur Kenntnis und beschließt die Verrechnung des Jahresüberschusses von 788.140,78 Euro über das Eigenkapital – Rücklagekapital gem. § 16 Nr. 6 der Betriebssatzung.

Weiterhin beschließt der Rat der Stadt die Entlastung des Betriebsausschusses Kultur und Theater für das Wirtschaftsjahr 2021/2022 von Stadttheater und Musikdirektion Aachen gem. § 4 EigVO NRW.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 9 Einrichtung von vier halben Stellen für Erzieher*innen im Bereich der Offenen Ganztagsschulen im Primarbereich in städtischer Trägerschaft (FB 45) ungeändert beschlossen FB 11/0253/WP18

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Auf Vorschlag der Oberbürgermeisterin und Empfehlung des Personal- und Verwaltungsausschusses beschließt der Rat der Stadt Aachen die Veränderung des Stellenplans 2024 durch Einrichtung von vier halben Stellen für Erzieher*innen (auszuweisen nach EG S 8a TVöD-SuE).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 10 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Zusammenarbeit bei der Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Rettungsgesetz NRW zum Betrieb eines gemeinsamen Telenotarztsystems ("Telenotarzt West") ungeändert beschlossen FB 37/0053/WP18

Oberbürgermeisterin Keupen weist darauf hin, dass im Entwurf der Vereinbarung ein redaktioneller Fehler in der Adresse der Stadt Aachen enthalten sei. Die Verwaltung werde dies entsprechend korrigieren.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen beschließt den Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Zusammenarbeit bei der Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Rettungsgesetz NRW zum Betrieb eines gemeinsamen Telenotarztsystems ("Telenotarzt West").

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 11 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Durchführung von gemeinsamen Beschaffungen im Rettungsdienst ungeändert beschlossen FB 37/0055/WP18

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen beschließt – vorbehaltlich der Zustimmung der anderen Vertragspartnerinnen (Städte-Region Aachen, Stadt Alsdorf, Stadt Eschweiler, Stadt Herzogenrath, Stadt Stolberg) – den Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Durchführung von gemeinsamen Beschaffungen im Rettungsdienst.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 12 Anpassung von Gesellschaftsverträgen an Änderungen der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Sammelbeschluss) ungeändert beschlossen FB 20/0306/WP18

Bürgermeister Plum (SPD) bezieht sich auf die Auffassung des Rechtsamtes, dass es sich hier um wesentliche Änderungen der Gesellschaftsverträge handelt. Er teilt mit, dass er persönlich diese Meinung nicht vertrete und bittet, dies in der Niederschrift zu vermerken.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und stimmt den Anpassungen der Gesellschaftsverträge / Satzungen laut der beigefügten Anlagen 1 und 2 zu.

Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, Änderungen in Form redaktioneller oder unwesentlicher Korrekturen sowie Änderungen, die von der Bezirksregierung im Rahmen des Anzeigeverfahrens veranlasst werden, vorzunehmen.

Die Beschlussumsetzung steht unter dem Vorbehalt eines positiv abgeschlossenen Anzeigeverfahrens bei der Bezirksregierung Köln gemäß § 115 GO NRW.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 13 Beschluss des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 27. Juni 2024; hier: TOP 4ö "Tagesordnungsantrag der Fraktion Die Linke 'Sachstandsbericht zur Bezahlkarte für Geflüchtete' vom 06. Juni 2024" ungeändert beschlossen FB 56/0511/WP18

Ratsherr Deumens (Die Linke) berichtet, dass der Sozialausschuss in einer Sondersitzung am 22.08.2024 mehrheitlich einen Empfehlungsbeschluss an den Rat getroffen habe. Er führt aus, dass die Fraktion Die Linke die Bezahlkarte als ein Symbol für eine zunehmend restriktive Asyl- und Flüchlingspolitik im Land erachte. Aus diesem Grunde habe die Fraktion bereits im Frühjahr diesen Jahres einen Ratantrag gestellt, der sich gegen die Einführung dieses Systems ausspreche. Denn auch wenn die Asylpolitik der Bundesregierung nicht auf kommunaler Ebene diskutiert werden könne, müsse die Aachener Kommunalpolitik die Auswirkungen für die Betroffenen hinterfragen. Viele Fragen zum Verfahren seien noch nicht abschließend geklärt, doch es sei festzustellen, dass Menschen mit einer Bezahlkarte im Vergleich zu Nichtbetroffenen eingeschränkt seien. Aus diesem Grund sei die Karte diskriminierend und nehme den Menschen ein Stück ihres Selbstbestimmungsrechtes. Er verliest ein Zitat aus einer Stellungnahme von PRO ASYL, die die Sachlage aus seiner Sicht gut zusammenfasse: "Im Sozialrecht ist anerkannt, dass Menschen selbständig wirtschaften und selbst entscheiden sollen, welchen Teil ihres Geldes sie wofür ausgeben. Eine Beschränkung des Bargeldbetrags schränkt die Verfügungsgewalt der Menschen über die selbständige Gestaltung ihres Lebens ein. Letztlich greift ein Bargeldentzug in Verbindung mit einer beschränkten Zahlmöglichkeit der Geldkarte die Menschenwürde der Betroffenen an." Auch die Rahmenbedingungen für die Verwaltung, wie z.B. die anfallenden Kosten und die erforderlichen personellen Ressourcen seien noch nicht abschließend geklärt. Im Folgenden bedankt er sich bei der GRÜNE-Fraktion sowie der SPD-Fraktion für die Formulierung des umfassenden Beschlussvorschlages, welchem sich die Fraktion Die Linke gerne anschließen werde. Er bittet alle Ratsmitglieder, diesem Beschlussvorchlag ebenfalls zu folgen, um ein deutliches Zeichen der Willkommenskultur zu setzen.

Ratsherr Dolan (GRÜNE) gibt den Dank zurück an die Fraktion Die Linke für die Einreichung des Antrages. Grundsätzlich könne er verstehen, dass man mit dem System die Kommunen unterstützen möchte, die über kein so gutes System verfügen wie die Stadt Aachen. Die Kommunalpolitik könne sich nicht über das Landesrecht hinwegsetzen, doch durch den angepassten Beschlussvorschlag werde vielen noch zu klärenden Fragestellungen bereits vorgegriffen. Auch die GRÜNE-Fraktion bittet, dem Beschlussvorschlag zu folgen, um gegenüber der Landesregierung die Bedenken zu signalisieren.

Ratsherr Tillmanns (CDU) erachtet es als schwierig, über eine Thematik zu beraten, dessen konkrete Ausgestaltung noch nicht festgelegt sei. Man wisse bis zum heutigen Tage lediglich, dass die Idee auf eine Einigung zwischen der Bundesregierung und den Bundesländern zurück gehe und alle demokratischen Parteien dieser Idee zugestimmt haben. Man wisse ebenfalls, dass die grundsätzliche Möglichkeit zur Einführung einer Bezahlkarte durch die Gerichte nicht beanstandet worden sei, sondern stattdessen im Einzelfalle entschieden werden müsse. Auch aus seiner Sicht sei die Diskriminierung eines der entscheidenden Themen bei der Bezahlkarte. Allerdings werde durch eine Beschlussfassung am heutigen Tag aktuell keine Änderung für die betroffenen Flüchtlinge eintreten. Stattdessen fasse man einen Vorratsbeschluss, ohne zu wissen, worüber man beschließe. Aus diesem Grund könne die CDU-Fraktion nicht zustimmen.

Ratsherr Servos (SPD) stimmt den Ausführungen von Ratsherrn Deumens zu. Wenn man sich den vorliegenden Gesetzesentwurf zur Bezahlkarte anschaue, seien die im Sozialausschuss beratenen Forderungen nicht erfüllt. Stattdessen werde mit einem sehr restriktiven Mittel auf einen vermeintlichen Missbrauch im Sozialsystem reagiert. Dies heiße er nicht gut. Ebenso bemängelt er, dass die Landesregierung die Debatten um dieses Thema, das eigentlich nicht in kommunaler Zuständigkeit liege, und auch die Verantwortung hierfür in die Kommunen abschiebe. Alleine in dieser Tatsache begründe sich für ihn die Notwendigkeit zur heutigen Beschlussfassung. Denn hierdurch könne man auf die Landesregierung einwirken und dieser deutlich machen, dass die Einführung der Bezahlkarte nicht gewollt sei und für den Fall, dass die Einführung verpflichtend werde, müsse sich die Landesregierung an die Mindest-Rahmenbedingungen für eine menschenwürdige Umsetzung halten.

Ratsherr Szagunn (DIE Zukunft) schließt sich den vorangegangenen Wortbeiträgen von Ratsherrn Deumens und Ratsherrn Servos an. Aus seiner Sicht befinde man sich in einer gefährlichen Abwärtsspirale von der Willkommenskultur hin zu einer Bezahlkarte, die Menschen einschränkt. Auch er vertrete die Meinung, dass man mit dem heutigen Beschluss die Ausgestaltung des Systems positiv beeinflussen könne und aus diesem Grunde werde

die Fraktion DIE Zukunft der Beschlussfassung zustimmen.

Ratsfrau Brinner (GRÜNE) bezieht sich auf den Wortbeitrag von Ratsherrn Tillmanns und betont, dass es sich nicht um einen Vorratsbeschluss handelt, sondern um ein politisches Signal, mit dem gegenüber der Landesregierung zum Ausdruck gebracht werde, dass Aachen die Bezahlkarte nicht unterstützen möchte. Denn in Aachen verfüge man bereits über ein gut funktionierendes System und die Bezahlkarte würde diesen gut laufenden Prozess erschweren und Menschen diskriminieren.

Ratsherr Deumens (Die Linke) berichtet, dass andere Städte sich bereits im Frühjahr gegen die Bezahlkarte ausgesprochen haben, um sich politisch zu positionieren. Der Rat der Stadt Aachen solle aus seiner Sicht diesem Beispiel folgen und das Signal an die Landesregierung senden, dass die Bezahlkarte nicht gewünscht sei.

Ratsfrau Lürken (CDU) betont, dass die Fraktionen durch ihre Abgeordneten sowohl auf die Landes- als auch auf die Bundesregierung Einfluss nehmen können. Auch sie erkenne die Problematik der Einführung einer Bezahlkarte, aber man kenne die genauen Konditionen hierfür noch nicht und solle diese erst einmal abwarten. Erst am heutigen Tage erfolge die 1. Lesung im Landtag und der Rat habe alle Möglichkeiten, in seinem Sinne Einfluss zu nehmen. Sie gehe davon aus, dass man sich in den demokratischen Fraktionen darüber einig sei, dass man die Schleuserkriminalität unterbinden wolle. Allerdings möchte die CDU-Fraktion, wie bereits durch Ratsherrn Tillmanns geschildert, die Voraussetzungen erst einmal abwarten und am heutigen Tage keinen Beschluss fassen. Abschließend kritisiert sie ebenfalls die unterschiedlichen Entscheidungen der einzelnen Kommunen in der Städteregion Aachen. Dies stelle für sie keine gelebte Städteregion dar und sei ein Zeichen dafür, dass die Verantwortung bei der Bundesregierung liege.

Ratsherr Mohr (AfD) teilt mit, dass die AfD-Ratsgruppe die Einführung der Bezahlkarte begrüße und den heutigen Beschluss aus diesem Grund ablehnen werde. Er führt aus, dass die Bezahlkarte nicht zu einer Einschränkung der Menschenwürde der Flüchtlinge führe. Denn diese Personengruppe erhalte weiterhin Obdach und Verpflegung und könne weiterhin in einem Land mit guter Infrastruktur und in Sicherheit leben. Wenn man davon ausgehe, dass die Bezahlkarte keinerlei Bargeldauszahlung vorsehe, bestehe für Asylbewerber nach § 5 AsylbLG die Möglichkeit, mit den sogenannten Arbeitsgelegenheiten Barmittel zu erwirtschaften. Weiterhin müsse man bedenken, dass die Bezahlkarte in vielen Fällen die Kaufkraft erhöhe. Denn in vielen Herkunftsländern werde ein Erwartungsdruck auf die Flüchtlinge für Geldtransfer in die Heimatländer aufgebaut. Genau diese Problematik habe zu dem Konsens in der Bundesregierung über die Einführung einer Bezahlkarte geführt.

Ratsfrau Griepentrog (GRÜNE) führt aus, dass man über die Einführung der Bezahlkarte unterschiedliche Meinungen vertreten könne. Sie persönlich spreche sich dafür aus, dass in der heutigen Ratssitzung eine Beschlussfassung mit einer entsprechenden Signalwirkung getroffen werden solle. Denn zum einen bestehe in Aachen bereits ein gut funktionierendes System und zum anderen werde die geplante Einführung der Bezahlkarte als diskriminierend und als Verstoß gegen die Menschenwürde betrachtet.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie, beschließt der Rat der Stadt Aachen wie folgt:

Die Einführung einer sogenannten Bezahlkarte für Geflüchtete bringt aus Sicht des Rates der Stadt Aachen keine Vorteile gegenüber der aktuellen Praxis der Stadt Aachen, jedoch viele Nachteile für die Nutzer*innen. Daher spricht sich der Rat der Stadt Aachen nachdrücklich dafür aus, die Einführung einer Bezahlkarte in Aachen abzulehnen, falls die entsprechende Landesgesetzgebung das zulässt. Die Verwaltung wird gebeten, dies gegenüber der Landesregierung zu kommunizieren. Sofern die Bezahlkarte für die Kommunen verpflichtend eingeführt werden sollte, fordert der Rat der Stadt Aachen die Landesregierung dringend auf, in allen weiteren Beratungen über die Bezahlkarte die folgenden Grundsätze zu berücksichtigen:

- Die Bezahlkarte soll ausschließlich an Menschen mit Sozialleistungsanspruch ausgegeben werden, die über kein Bankkonto verfügen. Bei allen anderen Geflüchteten soll es bei der bisherigen Überweisung der Geldleistungen auf das Konto bleiben.
- Die Bezahlkarte soll das Format von Visacard/Mastercard haben, um eine Stigmatisierung zu verhindern und muss in allen Geschäften nutzbar sein.

- Überweisungen mindestens im Inland müssen möglich bleiben.
- Es soll keine Begrenzung für Bargeldabhebungen geben.
- Es sollen mehrere Bezahlkarten für eine Bedarfsgemeinschaft ausgegeben werden.
- Die Nutzung der Bezahlkarte soll nicht auf bestimmte Regionen oder Branchen beschränkt sein, da Geflüchtete eine lebenswichtige Flexibilität beim Konsum benötigen.
- Die Bezahlkarte soll dem Prinzip des Guthabenkontos folgen, um Verschuldung zu verhindern.
- Die Kommunen sollen keine Kosten tragen.

Sollte die Bezahlkarte verpflichtend, aber mit einem inhaltlichen Gestaltungsspielraum für Kommunen eingeführt werden, wird die Verwaltung beauftragt, die o.g. Punkte nach Möglichkeit für Aachen umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich, 15 Gegenstimmen

Zu 14 Erlass einer Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht gem. § 25 BauGB im Stadtbezirk Aachen-Mitte für den Bereich zwischen Büchel, Kleinkölnstraße, Großkölnstraße und Mefferdatisstraße einschließlich Antoniusstraße vertagt FB 61/1013/WP18

Dieser Tagesordnungspunkt wird vertagt.

Zu 15 Erlass einer Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht gem. § 25 BauGB im Stadtbezirk Aachen-Mitte für die östliche Innenstadt vertagt FB 61/1014/WP18

Dieser Tagesordnungspunkt wird vertagt.

Zu 16 Beschluss über eine Veränderungssperre für das Grundstück Martelenberger Weg 8, Gemarkung Aachen, Flur 74, Flurstück 2242 im Stadtbezirk Aachen-Mitte ungeändert beschlossen FB 61/1025/WP18

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt gem. § 14 Abs. 1 und § 16 Abs. 1 BauGB die als Anlage beigefügte Satzung über eine Veränderungssperre für das Flurstück 2242, Flur 74, Gemarkung Aachen im Stadtbezirk Aachen-Mitte.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 17 Sachstandsbericht Gemeinwohlökonomie zur Kenntnis genommen E 26/0208/WP18

Ratsherr Dolan (GRÜNE) freut sich über den Sachstandsbericht Gemeinwohlökonomie, der auf einen Antrag der GRÜNE-Fraktion zurückzuführen sei. Im Rahmen der Antragstellung zu Beginn der Wahlperiode habe man in den Fachausschüssen davon überzeugen müssen, dass neben der üblichen Bilanzierung die Fragen nach sozialer Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Transparenz ebenso in den Betrachtungsfokus gelegt werden sollten. Mit

dem nun vorliegenden Sachstandsbericht sei man vorbereitet auf die Fragen, die durch die Politik, die Kunden, die Gesellschaft und auch oftmals durch neue Fachkräfte gestellt werden. Er betont, dass die Erstellung einer GWÖ-Bilanz für viele Anwendungsgebiete sinnvoll sei und beispielsweise als Wettbewerbsvorteil im Rahmen der Anwerbung neuer Fachkräfte betrachtet werden könne. Abschließend dankt er allen, die bei der Erstellung des Sachstandsberichtes mitgewirkt haben.

Ratsherr Szagunn (DIE Zukunft) berichtet, dass auch die Fraktion DIE Zukunft den Sachstandsbericht begrüße. Man hoffe auf eine Übertragung auf andere Betriebe und die Nutzung der Ergebnisse.

Ratsherr Schaadt (GRÜNE) berichtet aus der Sitzung des Betriebsausschusses Gebäudemanagement vom 17.09.2024. Bei dem Pilotprojekt habe man das Gebäudemanagement der Stadt Aachen aus einem 360-Grad-Blick betrachtet und dabei folgende Interessengruppen berücksichtigt: Lieferant*innen, Eigentümer*innen, Finanzpartner*innen, Mitarbeiter*innen, Kund*innen sowie das gesellschaftliche Umfeld. Die Ergebnisse seien in einem umfangreichen Bericht zusammengefasst und werden im weiteren Prozess evaluiert, bewertet und für eine mögliche Ausweitung auf andere Einheiten der Stadtverwaltung dem Rat zur Entscheidung vorgelegt. Die Projektleiterin Frau Louis habe im Ausschuss über den breit angelegten Partizipationsprozess berichtet, der mit einer besonderen Wertschätzung gegenüber den Mitarbeiter*innen verbunden sei und Begeisterung, Bindung und Motivation schaffe. Mit den 130 vorliegenden Verbesserungsvorschlägen könne die Effektivität des Eigenbetriebes weiter gesteigert werden. Dies sei insbesondere vor dem Hintergrund des allgemeinen Fachkräftemangels sowie der Attraktivität der Stadt Aachen als Arbeitgeberin von besonderer Bedeutung. Abschließend weist er darauf hin, dass das Gebäudemanagement der Stadt Aachen deutschlandweit die erste vergleichbare kommunale Einrichtung sei, die nach der Gemeinwohlökonomie bilanziert sei. Hierzu spricht er seine Glückwünsche aus.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

Zu 18 Verlegung von Stolpersteinen – Projekt des Kölner Künstlers Gunter Demnig ungeändert beschlossen E 42/0206/WP18

Vor dem Hintergrund, dass in der Stadt Zeitz in Sachsen-Anhalt alle Stolpersteine durch Unbekannte aus dem Boden entfernt worden seien, betont Oberbürgermeisterin Keupen die Bedeutung des Projektes, mit dem für die nachfolgenden Generationen ein wichtiges Mahnmal geschaffen werde.

Ratsherr Wagner (DIE Zukunft) dankt den Antragstellern, die dieses wichtige Thema vorantreiben und das auch durch die Fraktion DIE Zukunft unterstützt werde. Die Erinnerung der Opfer des Nationalsozialismus müsse ein elementarer Bestandteil der demokratischen Erinnerungskultur bleiben sowie eine Aufgabe, der man sich dauerhaft verpflichtet fühle. Doch diese Aufgabe bleibe unvollständig, wenn man nicht die Situation von jüdischen Menschen in der Gegenwart weltweit mit in den Blick nehme. Er erinnert an den Anschlag auf die Synagoge in Halle, der sich heute zum ersten Mal jährt, sowie den Beginn des Angriffs der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023. Auch wenn Antisemitismus bereits vor diesen Vorfällen einen Platz in der Gesellschaft gehabt habe, so könne man feststellen, dass seit dem 07.10.2023 eine erschütternde Zunahme von antisemitistischen Vorfällen zu verzeichnen sei. Insbesondere in dieser Zeit verstehe er die Stolpersteine einerseits als Auftrag, zu Erinnern und zu Mahnen, und gleichzeitig aber auch als Aufforderung, solidarisch an der Seite von Jüdinnen und Juden und gegen jegliche Form von Antisemitismus zu stehen

Beschluss:

Auf Empfehlung des Betriebsausschusses Volkshochschule nimmt der Rat der Stadt Aachen gemäß § 8 der Satzung für die Volkshochschule Aachen die Verwaltungsvorlage zur Kenntnis und beschließt, im Sinne der vorliegenden Anträge je einen "Stolperstein" vor den jeweils letzten bekannten selbst gewählten Wohnsitzen der Aachener Bürgerinnen und Bürger Wilhelm Jansen und Karoline Jansen, Normannenstraße 21; Hans Friedrich Meyerbach, Heinzenstraße 25; Siegfried Steinweg, Frieda Steinweg geb. Wolf, Hugo Steinweg, Irma Steinweg, Max Steinweg, Hubertusplatz 12; Anna Struch, geb. Flechtheim und Gustav Struch, Monschauer Straße 1; Erich

Struch und Sylvia Struch geb.Loeser, Preusweg 113; Sabine (Sara) und Helena Salmang, Von-Coels-Straße 270; Hugo Kaufmann und Elly Kaufmann geb. Herz, Zollernstraße 24; Amelie Walbaum geb. Kaufmann, Krefelder Straße 37; Alice Rosenberg geb. Cahen, Oppenhoffallee 30; im Auftrag des Kölner Künstlers Gunter Demnig durch den Stadtbetrieb verlegen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 19 Benennung von Ratsmitgliedern zur Teilnahme an der 19. Konferenz der Ratsmitglieder beim Städtetag Nordrhein-Westfalen am 11.12.2024 ungeändert beschlossen FB 01/0577/WP18

Oberbürgermeisterin Keupen verliest die durch die Fraktionen vorgeschlagenen Kandidat*innen und lässt sodann über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt benennt folgende drei Delegierte für die 19. Konferenz der Ratsmitglieder beim Städtetag Nordrhein-Westfalen am 11.12.2024:

- 1.) Doris Kurschilgen (GRÜNE)
- 2.) Sebastian Becker (SPD)
- 3.) Daniel Hecker (CDU)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 20 Anfragen

Zu 20.1 Ratsanfragen zur Kenntnis genommen FB 01/0583/WP18

Oberbürgermeisterin Keupen verweist auf 2 neue Ratsanfragen, die fristgereicht eingereicht wurden.

Der Rat nimmt die nach der Geschäftsordnung fristgerecht eingereichten Ratsanfragen zur Kenntnis.

Zu 20.2 Stellungnahmen der Verwaltung zu Ratsanfragen zur Kenntnis genommen FB 01/0584/WP18

Oberbürgermeisterin Keupen verweist auf 3 neue Stellungnahmen, die vorab mit den Unterlagen versandt wurden.

Ratsherr Servos (SPD) bezieht sich auf die Ratsanfrage zur Parkplatzsituation an der Osthalle und weist auf die Dringlichkeit in dieser Angelegenheit hin.

Der Rat nimmt die von der Verwaltung vorgelegten Stellungnahmen zu verschiedenen Ratsanfragen zur Kenntnis.

Zu 21 Ratsanträge ungeändert beschlossen FB 01/0585/WP18

Oberbürgermeisterin Keupen verweist auf 5 neue Ratsanträge, die fristgerecht eingereicht und versandt wurden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die fristgerecht eingereichten Ratsanträge zur Kenntnis und verweist sie gemäß § 12 Abs. 3 der Geschäftsordnung an die jeweils zuständige Stelle (Bezirksvertretung, Fachausschuss, Oberbürgermeisterin).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 22 Umbesetzung in Ausschüssen und anderen Gremien

Zu 22.1 Besetzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung - Wahl sachkundiger Einwohner*innen ungeändert beschlossen FB 45/0630/WP18

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat bestellt Frau Jil Kelmes als stellvertretende sachkundige Einwohnerin in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 22.2 Umbesetzungsantrag der SPD-Fraktion vom 07.10.2024 ungeändert beschlossen FB 01/0591/WP18

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die von der SPD-Fraktion mit Schreiben vom 07.10.2024 beantragten Umbesetzungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 22.3 Umbesetzungsantrag der GRÜNE-Fraktion vom 07.10.2024 ungeändert beschlossen FB 01/0592/WP18

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die von der GRÜNE-Fraktion mit Schreiben vom 07.10.2024 beantragten Umbesetzungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 22.4 Umsetzungsantrag der Fraktion DIE Zukunft vom 09.10.2024 ungeändert beschlossen FB 01/0593/WP18

Ratsherr Szagunn (DIE Zukunft) verweist auf den als Tischvorlage ausliegenden Umbesetzungsantrag und teilt mit, dass der Vorsitz im Rechnungsprüfungsausschuss von Ratsherrn Zimmer auf Ratsherrn Wagner übergehen werde (Seite 2 des Umbesetzungsantrages).

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die von der Fraktion DIE Zukunft mit Schreiben vom 09.10.2024 beantragten Umbesetzungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 23 Mitteilungen der Verwaltung

Oberbürgermeisterin Keupen berichtet, dass im vergangenen Monat der 2. Aachener Bürger*innenrat zum Thema "Wie kann Aachen für Familien mit Kindern attraktiver werden?" getagt habe und unter der Beteilung von internen und externen Expert*innen insgesamt 10 Empfehlungen zu diesem Thema erarbeitet worden seien. Die Empfehlungen werden in der Sondersitzung des Bürgerforums am 19. November vorgestellt. Alle Ratsmitglieder sowie alle Bürger*innen seien hierzu herzlich eingeladen.